

Oktay Tuncer

# Das Klagelied eines Volkes

Eine kurze Geschichte  
der Kurden in der Türkei



VERGANGENHEITS  
VERLAG

**Oktay Tuncer**

## **Das Klagelied eines Volkes**

**Eine kurze Geschichte der Kurden in  
der Türkei**

## **Impressum**

ISBN 978-3-86408-124-8 (epub) // 978-3-86408-125-5 (pdf)

Korrektorat: Daniel Kirchhof

© Vergangenheitsverlag, 2012 – [www.vergangenheitsverlag.de](http://www.vergangenheitsverlag.de)

Mehr Geschichte erleben in der 1. multimedialen App mit Zeitreisefunktion für iPhones und iPod touch ...

<http://itunes.apple.com/app/zeitreiseguide/id540321470?mt=8>

eBook-Herstellung und Auslieferung:  
readbox publishing, Dortmund  
[www.readbox.net](http://www.readbox.net)

## **Einleitung - Leyla Zana und die kurdische Frage in der Türkei**

### **1. Wer sind eigentlich die Kurden?**

### **2. Geschichte der Kurden bis zur Gründung der Republik Türkei 1923**

#### **2.1. Das Volk zwischen Groüchten**

#### **2.2. Das 19. Jahrhundert - Das Sultanreich am Abgrund**

#### **2.3. Hoffnung und Enttäuschung - die Entwicklungen zu Beginn des 20. Jahrhunderts**

### **3. Kurden in der jungen Republik**

### **4. Eine kurdische Nation?**

### **5. Der kurdische Nationalismus in der Türkei**

### **6. Der Griff zu den Waffen - der Kampf der PKK**

#### **6.1. Die Folgen des Putsches von 1980**

#### **6.2. Entstehung der PKK**

#### **6.3. Ideologie der PKK**

#### **6.4. Der Beginn der Auseinandersetzungen**

#### **6.5. Zwischen europäischer Integration und innerer Unruhe**

### **7. Auf der Suche nach neuen Wegen - der Kampf verlagert sich**

### **8. Die Kurdenfrage und die EU-Beitrittskandidatur der Türkei**

### **9. Die Kurdenfrage heute**

### **10. Die soziale Lage der Kurden in der Türkei heute**

**Fazit**

**Literaturverzeichnis**

# Einleitung – Leyla Zana und die kurdische Frage in der Türkei

Als die kurdische Politikerin Leyla Zana nach ihrem Einzug in das türkische Parlament am 6. November 1991 ihren Amtseid zunächst auf Türkisch beginnt, ihn aber mit dem kurdischen Satz beschließt: „Diesen Eid lege ich im Namen der Verbrüderung des türkischen und kurdischen Volkes ab“, erntet sie lauthals Kritik von den anderen Parlamentsmitgliedern. Drei Jahre später wird sie aufgrund einer Rede, die sie in den USA gehalten hat, verhaftet. Zana wird zu 15 Jahren Haft verurteilt mit dem Vorwurf, sie sei Mitglied in einer illegalen Vereinigung. Die kurdische Politikerin wird bis heute von der kurdischen Bevölkerung als „Märtyrerin“ und Vorbild gesehen.

Ethnische Minderheiten kämpften nicht nur in der Türkei, sondern auf der ganzen Welt um Anerkennung. Vor allem nach dem Holocaust drängten die Europäer darauf, dass ein Gesetz zum Schutze von Völkern erlassen wird. Die Vereinten Nationen verabschiedeten am 26. Juni 1945 ihre Charta und einigten sich darin auf das heute noch geltende Völkerrecht. In diesem wird unter anderem das Staatsvolk als konstitutiver Bestandteil eines Staates angesehen. Aber: Woraus besteht das Staatsvolk und was ist mit den Menschen, die sich nicht als Teil von diesem sehen? Was ist mit ethnischen Minderheiten? Besonders schwierig ist es für diejenigen, die sich über Staatsgrenzen und Herrschaftsterritorien hinweg zusammengehörig fühlen.

Der Konflikt zwischen der Türkei und den kurdischen Minderheiten in den Kurdengebieten ist ein anschauliches Beispiel für die Definitionsschwierigkeiten eines „Volkes“ und die Anerkennungsproblematik einer ethnischen Minorität. Vor allem seit dem Beginn der Verhandlungen zu einer möglichen EU-Beitrittskandidatur der türkischen Republik verursacht gerade dieser Konflikt die größten politischen Probleme seit der Gründung der Republik 1923. Noch immer beherrscht der Konflikt die aktuelle

Tagespolitik. Die so genannte „Kurdenfrage“ wird mittlerweile seit Jahren auch in Deutschland und anderen europäischen Ländern heiß diskutiert – und führt nicht zuletzt auch immer wieder zu Auseinandersetzungen mit der Türkei. Vor diesem Hintergrund wird die provozierende Wirkung der von Leyla Zana bei ihrem Amtsantritt gesprochenen Worte fassbar.

Auch in den Wahlen zum türkischen Parlament im Juli 2011 hat sich die kurdische Frage innerhalb der Bevölkerung derart polarisiert, dass Kurden auf der einen, und türkische Nationalisten auf der anderen Seite fast täglich Kundgebungen abhielten.

Aber worum geht es bei diesem Konflikt und was bietet diese kurze Geschichte der Kurden?

Verhandelt wird vor allem die Stellung der Kurden in den von ihnen besiedelten Gebieten (vor allem in der Türkei). Um die Dimension dieser bloßen Tatsache zu fassen, ist es sinnvoll, sich zunächst der Vergangenheit der Kurden und ihrer Volksdefinition zu vergegenwärtigen.

Die Beziehungen mit dem Osmanischen Reich, dem Reich der Sultane und prachtvollen Paläste, spielen eine nicht zu unterschätzende Rolle. Da Geschichte selbstverständlich nicht für sich selbst spricht, wird in einem weiteren Abschnitt überblicksartig die Kultur und Gesellschaft der Kurden erläutert, um schließlich ihre Lage in der Türkei und den Bürgerkriegszuständen der 1990er Jahre sowie die aktuellen Geschehnissen besser verstehen zu können.

Weitere wichtige Fragen des Autors sind: Läuft die Türkei einem erneuten Bürgerkrieg entgegen oder ist dies nur eine weitere, äußerst hitzig geführte politische Debatte? Und wie ist die Haltung Deutschlands und der EU gegenüber diesen Geschehnissen, vor allem im Hinblick auf einen möglichen EU-Beitritt des Landes?

# 1. Wer sind eigentlich die Kurden?

Die Kurden sind das größte Volk im Nahen Osten, das *keinen* eigenen Staat besitzt. Da sich ihr heutiges Siedlungsgebiet auf die östliche Türkei, den Iran, den nördlichen Irak und Syrien erstreckt, existieren keine genauen Zahlen über ihre Gesamtpopulation. Es gibt jedoch Schätzungen. Einige gehen von insgesamt mehr als 22 Millionen aus. Davon leben zwölf bis 15 Millionen in der Türkei<sup>1</sup>, sechs bis sieben Millionen im Iran, vier bis fünf Millionen im Irak und circa eine Million in Syrien. Die Kurden in der Türkei stellen ungefähr 20 Prozent der Gesamtbevölkerung des Landes dar.

Für den Poeten und Mitbegründer der kurdischen Nationalliteratur im 19. Jahrhundert Hadschi Kadiri Koyi lag das kurdische Territorium, genannt Kurdistan, zwischen dem Mittelmeer, dem Schwarzen Meer, dem Urmiassee im Iran und dem Berg Hamrin im Irak. Faktisch erstrecken sich die kurdischen Siedlungsgebiete heute jedoch über eine weitaus kleinere Region. In der Türkei bilden die Städte Erzurum und Gaziantep die Nord- und Westgrenze, ab der man von größtenteils kurdisch bewohnten Gebieten sprechen kann. Ein Volk wäre jedoch noch keine eigenständige Ethnie, hätte es nicht eine eigene Sprache, in unserem Falle das Kurdische, das durch seine etlichen Dialekte selbst unter den Stämmen einer Region in verschiedensten Variationen zu Tage tritt. Der am meisten verbreitete Dialekt ist das Kurmandschi, das etwa 65 Prozent aller Kurden sprechen. Linguisten ordnen es den indogermanischen Sprachen zu, wobei auch eine Verwandtschaft mit dem Persischen bestehen soll. Das Zazaki, das noch näher am Persischen ist, gilt zwar nicht mehr als Dialekt des Kurdischen, wird aber von zwei bis drei Millionen Kurden in der Türkei gesprochen.

Aber was hält diese Menschen zusammen und definiert sie als „Volk“? Für Ethnologen wie Jean-Loup Amselle und Guy Nicolas teilen Menschen, die einer Ethnie angehören, vor allem ein Kollektivbewusstsein. Nicolas beschreibt dies wie folgt: „Ihr Miteinander ist verwurzelt in einer gemeinsamen Vergangenheit, die

mehr oder weniger mythisch ist.“<sup>2</sup>. Im kurdischen Kollektivbewusstsein ist ihre Geschichte als Bergnomaden und das Verlangen nach Souveränität ihres Vaterlandes, Kurdistan, verankert. Die gemeinsame Vergangenheit als „zerrissenes“ Volk ist für deren Kollektivbewusstsein weitgehend konstituierend.

Bis in das 20. Jahrhundert lebten Kurden in Stammesgesellschaften. Jeder Stamm hatte ein Oberhaupt, das das moralische und kulturelle Leben regelte. Das Stammesoberhaupt traf die wichtigen politischen Entscheidungen und auf seinen Befehl hin führte ein Stamm Feldzüge. Oft waren die Stämme untereinander verfeindet und führten Blutfehden. Sie verbanden sich aber auch in Kämpfen gegen Großmächte. Der wohl größte Zusammenschluss der kurdischen Stämme war der unter Scheich Ubaydallah, der die meisten kurdischen Stämme in Persien zusammenschloss und dort für Furore sorgte. Aber die Vorstellung von einem abstrakten, übergeordneten kurdischen Volk entwickelte sich erst nachdem die türkische Republik gegründet worden war. So war man sich anfangs auch nicht sicher, ob die Zaza aus der Region um das heutige Tunceli auch zur kurdischen Ethnie gehören oder nicht, da diese genau genommen keinen der kurdischen Dialekte sprechen und die meisten von ihnen dem alevitischen Glauben anhängen.

In Bezug auf Religion ist der Großteil der Kurden muslimisch. 75 Prozent von ihnen praktizieren den Sunnitischen Islam, während die restlichen 25 Prozent Schiiten, Aleviten, Christen oder Juden sind. Man findet in Kurdistan außerdem verschiedene religiöse Sekten vor allem des Islam. Diese versorgen „wichtige Teile des kurdischen Volkes“ mit „verschiedenen religiösen und sozialen Vorstellungen“<sup>3</sup>. Im Kapitel zur Kultur der Kurden wird hierauf näher eingegangen.

## 2. Geschichte der Kurden bis zur Gründung der Republik Türkei 1923

### 2.1. Das Volk zwischen Großmächten

Um genau zu sein ist die Geschichte der Kurden bis zum Aufkommen des kurdischen Nationalismus in der türkischen Republik also eher eine Geschichte von zahlreichen Stämmen. Es wäre vielleicht präziser von „Geschichten“ im Plural zu sprechen, als nur von einer einzigen, da das Bewusstsein von einem geschlossenen kurdischen Volk sich erst sehr spät bildete. Auf der anderen Seite verbündeten sich diese Stämme oft gegen die Großmächte miteinander, da sie das gleiche Stammessystem – jeweils mit einem Oberhaupt an der Spitze des Stammes – hatten und die Sprache teilten. Außerdem wollten die Oberhäupter ihre Stammesgebiete gegen die Großmächte für sich sichern. Immer ging es um ihre Rolle als Bewahrer einer Pufferzone am Rande einer Großmacht. Dabei versuchten die Stämme so gut wie möglich ihre Unabhängigkeit in ihren Gebieten zu wahren. David McDowall, britischer Experte für den Mittleren Osten, beschreibt es wie folgt:

„The pattern of nominal submission to central government, be it Persian, Arab or subsequently Turkic, alongside the assertion of as much local independence as possible, became an enduring theme in Kurdish political life.“<sup>4</sup>

Um die kurdischen Gebiete wurde insbesondere nach dem Mongolensturm im 13. Jahrhundert gerungen. Türkische und arabische Gemeinschaften hatten sich in dem Machtvakuum, das auf die mongolische Herrschaft folgte, erhoben und versuchten, nun die Region unter ihre Herrschaft zu bringen. Gleichermaßen heftig stritten Osmanen und Safawiden um das kurdische Territorium an der Grenze zwischen ihren Reichen, sodass die Kurden stets in deren militärischen Auseinandersetzungen miteinbezogen wurden, ob sie es wollten oder nicht. Die kurdischen Stämme nutzten diese

Situation, um sich ein Ansehen bei den jeweiligen Großmächten zu sichern, und wurden nicht selten mit einer zusätzlichen Landzuteilung belohnt<sup>5</sup>.

Ab dem 16. Jahrhundert blieben nur noch zwei Großmächte, das Osmanische und das Safawidische Reich, in der Region übrig. In dieser Zeit entwickelten sich eher gespannte Beziehungen zwischen Kurden und Safawiden, da einige kurdische Stämme, die unter safawidische Herrschaft gebracht wurden, nicht zufrieden waren. Sie waren nicht einverstanden mit der Führungspolitik der Großmacht, die ihnen wenig regionale Eigenbestimmung zugestand. Mit den Osmanen gab es dagegen einige Übereinkommen. Kurdischen Stammeshäuptern wurden sogar regionale Führungspositionen gegeben. So konnte das Osmanische Reich bei seinen Kriegen gegen die Safawiden und danach auf die Unterstützung der kurdischen Stämme zählen. Zur Zeit der Osmanisch-Safawidischen Kriege (1532 bis 1555) wurden in den neu gewonnenen Gebieten wichtige Führungspositionen an Kurden vergeben, erneut ging es dabei darum, diese Stämme für sich zu gewinnen und politisch einzubinden.

Mit dem endgültigen Niedergang des safawidischen Reiches im 17. Jahrhundert eroberten die Osmanen dann einen Großteil ihres Landes. Damit fiel nun auch das gesamte kurdische Territorium unter osmanische Macht.

## 2.2. Das 19. Jahrhundert – Das Sultanreich am Abgrund

Im 19. Jahrhundert sah das Osmanische Reich seinem Untergang entgegen. Politisch sowie ökonomisch konnte die „Weltmacht aus dem Orient“ mit den westlichen Großmächten nicht mehr mithalten. Gleichzeitig kam es auch zur inneren Erosion: Unzählige Aufstände von kurdischen Fürstentümern im Südosten der heutigen Türkei schwächten das alte Reich.

„By the beginning of the nineteenth century, the weakness of the Ottoman Empire had become apparent to all. The European powers lost no opportunity to profit by it, and the subject races, sensing their masters' declining fortunes, were beginning to stir. The Turks themselves were painfully aware of their predicament.“<sup>6</sup>

Um dennoch ihre politische Souveränität zu wahren und ihre Stellung im Mittleren Osten zu stärken, schwächten die Osmanen den quasi-autonomen Zustand der kurdischen Gebiete ab. Der äußeren Erosion folgte der Versuch der inneren Stabilisierung, was allerdings eine härtere Gangart gegenüber den Minderheiten mit sich brachte. Die Kurden wurden zunehmend von der osmanischen Politik ausgeschlossen, andererseits aber auch als Gefahr für die Integrität des Landes gesehen. Dies um so mehr, da zu jener Zeit die Idee der Nationalstaaten grassierte, sich Nationen formten und überall Unabhängigkeitsbewegungen aufkeimten. Für das Osmanische Reich hatte das dramatische Konsequenzen. Bis 1900 hatten alle europäischen Provinzen bis auf Griechenland ihre Unabhängigkeit vom Sultan erworben.

Bei den Kurden gab es analoge Entwicklungen. Anfang des 19. Jahrhunderts waren die ersten Kurdenaufstände unter dem kurdischen Fürsten Muhammed Pascha, dem „einäugigen Pascha“, ausgebrochen. Dieser führte Feldzüge im heutigen Nordirak und verwüstete weite Landstriche. Der osmanische Sultan wurde durch die anhaltenden Erfolge und sein „offensichtlich unstillbares Bestreben“<sup>7</sup> auf ihn aufmerksam und unterdrückte seine Rebellion

schließlich erfolgreich. 1840 musste eine Schar von kurdischen Fürsten ins Exil gehen. Erneute Aufstände gab es nach dem Türkisch-Russischen Krieg von 1876-77. Diesmal wurden sie von ShaykhUbaydallah, der alle kurdischen Stämme zusammenführen wollte und einen eigenen kurdischen Staat proklamierte, angeführt. Er schaffte es zwar, einen Teil Persiens unter seine Kontrolle zu bringen, doch wurden diese Aufstände ein weiteres Mal durch die osmanische Armee unterdrückt, die diesmal gemeinsam mit der persischen agiert hatte. Einen eigenständigen Staat der Kurden gab es deshalb nicht, und auch entwickelte sich im Laufe des 19. Jahrhunderts eine neue Art von Volksbewusstsein bei den Kurden, das von den nationalistischen Ideen Europas getragen war.

Fürst ShaykhUbaydallah gilt als der Begründer des kurdischen Nationalismus, der von Beginn an tragische Züge hatte. Ein Auszug aus einem Brief, den der Fürst an den britischen Konsulatsvorsitzenden in einem Hilfesuch nach seiner Eroberung Persiens 1880 geschrieben hat, verdeutlicht den neuen Ton in der kurdischen Selbstwahrnehmung:

„The Kurdish nation ... is a people apart. Their religion is different [from that of others], and their laws and customs are distinct ... the Chiefs and Rulers of Kurdistan, whether Turkish or Persian subjects, and the inhabitants of Kurdistan, one and all are united and agreed that matters cannot be carried on in this way with the two Governments [Ottoman and Qajar], and that necessarily something must be done, so that European Governments having understood the matter, shall inquire into our state. We also are a nation apart. We want our affairs to be in our own hands.“<sup>8</sup>

Diesem wie auch anderen Schreiben wurde allerdings keine besondere Aufmerksamkeit geschenkt, weder von den europäischen Mächten, noch vom Osmanischen Reich. Der Aufstand wurde –wie all die anderen auch – ziemlich schnell unterdrückt, sodass die Kurden ihre Autonomie bis zur Gründung der Republik Türkei verloren hatten.

## 2.3. Hoffnung und Enttäuschung – die Entwicklungen zu Beginn des 20. Jahrhunderts

Der Anfang des 20. Jahrhunderts war eine Zeit gewaltiger politischer Umwälzungen für das Osmanische Reich. 1908 fand die Revolution der Jungtürken statt, einer politischen Gruppe, die dem Sultan faktisch die Macht entzog. Sie führten eine Verfassung ein und modernisierten die Türkei nach dem Vorbild europäischer Staaten. Dabei betrieben sie eine Politik starker Ethnisierung. Die Orientierung nach Westen, der Versuch, sich an Europa zu halten, mündete schließlich darin, dass das Osmanische Reich an der Seite der Mittelmächte, also Deutschlands, Österreichs und Italiens, in den Ersten Weltkrieg eintrat. Nach der Kriegsniederlage der Mittelmächte blieb allerdings mit dem Vertrag von Sèvres von der einstigen Weltmacht nicht mehr viel übrig als gut die Hälfte des heutigen Territoriums der Türkei. Die Besatzungsmächte England und Griechenland teilten Thrakien, den europäischen Teil der heutigen Türkei außer Istanbul, Izmir und den Südosten unter sich auf. Diese immense Degradierung nutzte ein General der türkischen Armee namens Mustafa Kemal „Atatürk“, der zum Helden eines türkischen Befreiungskrieges werden sollte, um den Sultan endgültig abzusetzen. Mit dem Ende des Befreiungskrieges legten die Unterzeichner des Vertrages von Lausanne 1923 die heutigen Grenzen des Landes fest und das Sultanreich wurde zur Republik Türkei. Atatürk wurde zum ersten Präsidenten der jungen Republik.

In diesem politischen Wirrwarr erlebte die kurdische Bewegung sowohl Niederlagen als auch Erfolge. 1908 bildete sich direkt nach der Revolution der Jungtürken die erste kurdische politische Gruppierung, das „kurdische Nationalkomitee“. WadieJwaideh, Geschichtspräsident an der Indiana University und irakischen Ursprungs, beschreibt die Stimmung dieser Jahre und die Ideale der Jungtürken:

„They were particularly influenced by the egalitarian and libertarian ideals of the French Revolution, doctrinaire nationalism, and Comtian positivism.“<sup>9</sup> Nach und nach trat der Nationalismus bei den Jungtürken in den Vordergrund und die Politik der Türkifizierung verfestigte sich in ihrer Ideologie. Sie verbannten schließlich kurdische Nationalisten und Stammesoberhäupter ins Exil. Diese Beschlüsse gipfelten in der Schließung des kurdischen Nationalkomitees. Zur größten Auseinandersetzung zwischen den Kurden und den Jungtürken führte die Religion. Die Kurden, traditionell religiös und Unterstützer des Sultankalifats – der Regierungsform der islamischen Monarchie –, lehnten die Säkularisierungsbemühungen der Jungtürken entschieden ab.

Im Ersten Weltkrieg geriet der kurdische Nationalismus in den Hintergrund. Weitere Autonomieforderungen mussten bis zum Ende des Krieges warten. Die türkisch-russische Front verlief durch die kurdischen Gebiete, sodass die Kurden seit den ersten Kriegsmonaten in die Gefechte zwischen Türken und Russen einbezogen wurden. Hier kämpften einige Kurden an vorderster Front der türkischen Armee. Gemäß des kurdischen Historikers Zaki<sup>10</sup>, der einen hohen Rang in der Armee hatte, bestanden zwei Regimenter allein aus Kurden. Insgesamt kämpften 300.000 Kurden an der Seite der Türken. Während des Krieges waren die Kurden aufgrund äußerer Feinde mehr oder weniger dazu gezwungen, mit der türkischen Regierung zu kooperieren, misstraute man doch äußeren Feinden mehr als der türkischen Macht, mit der man immerhin den Islam gemeinsam hatte.

Mit dem Vertrag von Sèvres 1920 erstarkte der kurdische Nationalismus erneut und man schöpfte wiederum Hoffnung auf ein autonomes Kurdistan. Artikel 62 des Vertrages besagte sogar ausdrücklich, dass Kurdistan autonom werden sollte und gemäß Artikel 64 konnte Kurdistan die Unabhängigkeit unter gewissen Auflagen erlangen. Der Vertrag war jedoch von Anfang an eine Totgeburt. Nur drei Jahre später wurde dieser durch den Vertrag von Lausanne ersetzt.

Mit der Unterzeichnung des Vertrages von Lausanne jedoch sollten die türkisch-kurdischen Beziehungen erneut eine Zeit großer

Spannungen durchlaufen. Die Kurden waren nun die größte nicht-türkische ethnische Gruppe in einer Republik, deren Gründerväter seit Beginn den türkischen Nationalismus als einen der tragenden Sockel der jungen Nation sahen. So standen die kurdischen Autonomiebestrebungen Anfang des 20. Jahrhunderts von Beginn an unter schlechten Vorzeichen auf einem Terrain der ideologischen Kämpfe, die das Land von Grund auf veränderten.

### 3. Kurden in der jungen Republik

Der Vertrag von Lausanne stellt für die türkische Geschichte einen tiefgreifenden Einschnitt dar. Er ist die Grenze in der türkischen Geschichte zwischen Sultanat und Demokratie. Mit dem Vertrag zogen sich die Besatzungsmächte vom türkischen Boden zurück und die heutigen Grenzen der Türkei wurden festgelegt. Ein türkischer Nationalstaat wurde geschaffen, der den Weg für eine nationalistische Politik unter dem Staatsgründer und ersten Präsidenten, Mustafa Kemal „Atatürk“, ebnete.

Vielfach wurde die neue Türkei als moderner Staat idealisiert, was in vielen Punkten sicherlich auch zutrifft. Dennoch war dieser Staat kein aufgeklärter, der über demokratische Teilhabe divergierende Kräfte im eigenen Land zu integrieren wusste. Mit der Ausbildung des neuen Nationalstaates trat das „Kurdenproblem“ zunehmend auf den Plan. Drei große kurdische Aufstände sind bezeichnend für die Zeit nach dem Vertrag von Lausanne. Aus diesen zog die türkische Regierung verschiedene Konsequenzen. Nach dem Aufstand des Scheichs Said von Piran 1925 wurde neben der gängigen Exilierung von Stammeshäuptern, kurdischen Nationalisten und Intellektuellen zusätzlich die Verwendung der kurdischen Sprache untersagt. Verfehlte dieser Aufstand seine Ziele in der Türkei, so hatte er dennoch die kurdische Enklave im Irak von türkischer Herrschaft befreit. Nach dem Ararat-Konflikt 1930 traten weitere repressive Gesetze in Kraft und ein Teil des kurdischen Territoriums wurde aufgrund strategischer Erwägungen komplett mit dem Vorwand evakuiert, es sei „im Interesse des Volkes“. Ferner übernahm der Staat fortan die Länder dieser Stämme und die Sonderstellung der Stammesoberhäupter wurden aufgehoben.

Der letzte der „post-Lausanne“-Aufstände war zugleich der mit den schwerwiegendsten Folgen sowohl für die Kurden als auch für die Wahrnehmung der türkischen Bevölkerung den Kurden gegenüber. Die Säkularisierung und Ethnisierung der türkischen Gesetze lieferte zeitgleich einen Impuls für den kurdischen Nationalismus auch unter

den Kurden aus der Dersim- Region, die bis dahin eher distanziert gegenüber der kurdischen Bewegung waren. Die Dersim- Kurden sind größtenteils Aleviten, die die Scharia ablehnen und einen anderen Dialekt der kurdischen Sprache sprechen, was eine gewisse kulturelle Barriere zwischen ihnen und den restlichen Kurden zu dieser Zeit schuf. Die Gegend um Dersim wurde nahezu komplett autonom von den regionalen Stämmen und Gruppen regiert und war zugleich Rückzugsgebiet für Flüchtlinge. Als die türkische Regierung 1937 ein Gesetz für die Assimilierung dieser Stadt verabschiedete, brach schließlich ein Aufstand aus. Es folgten zwei dunkle Jahre der blutigen Kämpfe in der Region um die Stadt, die in Tunceli umbenannt wurde. Es wurden hierbei unter anderem auch Militärflugzeuge und Giftgas eingesetzt. Die Unterdrückung des Aufstandes betitelt man heute deswegen als das „Dersim-Massaker“. Der Dersimer Anführer und Widerstandskämpfer Seyit Riza wurde mit seinen Gefolgsleuten 1937 in Elazig erhängt, das Massaker in der Region noch bis 1938 fortgesetzt. Nach 1938 zwang die türkische Regierung Tausende Familien in den türkischen Westen umzusiedeln, um zum einen ihre Assimilierung zu vollstrecken und zum anderen Dersim zu entvölkern. 40.000 bis 70.000 Menschen sind in dieser Zeit ums Leben gekommen. Gemäß der Föderation der Dersim-Gemeinden in Europa hat sich diese Zeit „in die kollektive Erinnerung der Menschen aus Dersim eingebrannt als die Auslöschung des religiösen, kulturellen und gesellschaftlichen Daseins“<sup>11</sup>. Umso überraschender ist es, dass dieses Ereignis zum ersten Mal Ende des Jahres 2011 – nachdem inzwischen 73 Jahre vergangen waren – öffentlich in der Türkei diskutiert wurde. Hüseyin Aygün, der Tunceli-Abgeordnete der republikanischen Volkspartei (CHP), richtete eine Anfrage an das türkische Parlament bezüglich der Ereignisse in Dersim. Daraufhin fanden Debatten in der politischen Öffentlichkeit statt, wobei sich die Parteien gegenseitig die Verantwortung zuschoben. Die gegenwärtig regierende Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) forderte die Oppositionspartei CHP auf, sich für das Massaker zu entschuldigen, da diese zu jener Zeit an der Regierung eines Einparteiensystems war. Die CHP wiederum forderte die

Regierungspartei auf, die militärischen Akten offen zu legen und eine Versöhnungskommission zu gründen.

Der Dersim-Aufstand hatte langfristige Folgen für die türkische Innenpolitik in den Jahrzehnten danach: Nach der Unterdrückung proklamierte der damalige türkische Innenminister Celal Bayar, das Kurdenproblem existiere nicht mehr. Dies blieb die offizielle türkische Meinung. Kurden waren jetzt „Bergtürken“ und dies läutete die ethnische Verleugnungspolitik der türkischen Regierung für die kommenden Jahrzehnte ein. Ferner blieb die Region um Dersim – von nun an unter dem Namen Tunceli – unter spezieller militärischer Administration bis 1946. Henri J. Barkey und Graham Fuller, zwei amerikanische Politologen, fassen das Kernproblem dieser Zeit treffend zusammen:

„In the 1924 constitution, the terms ‘citizenship’ and ‘citizen’ had been equated with Turkishness. Accordingly, the document stated that one had to be a Turk to become a member of parliament and the like. Certainly Kurds could qualify as ‘Turks,’ but only at the expense of denying their own ethnic identity. Here then the seeds for eventual Kurdish dissatisfaction were planted: In a state now officially defined as ‘Turkish’ the Kurds were not Turks, and only by giving up their ethnicity could they be treated as Turks.“<sup>12</sup>

Die Verleugnungspolitik und das Ansehen der Kurden als „Bergtürken“ sollten sich bis zur Gründung der kurdischen Guerilla, der PKK, nicht ändern.

## 4. Eine kurdische Nation?

Zunächst waren sich im 20. Jahrhundert nicht einmal die Kurden selbst einig, was einen Kurden genau ausmacht. Auch Experten sind bis heute geteilter Meinung.<sup>13</sup> Gruppen wie die Zaza zum Beispiel, so WadieJwaideh in seinem Abriss über die kurdische Nationalbewegung, wurden sowohl von der kurdischen Gemeinde als auch von Experten allmählich als „nicht Kurmandschi sprechende Kurden“ akzeptiert. Die Sprache ist jedoch nicht der einzige tief greifende Unterschied zwischen den verschiedenen kurdischen Stämmen. Es gab sesshafte und nomadische kurdische Stämme. Die Sesshaften waren größtenteils Bauern. Der Südosten der Türkei ist eine eher ländliche Gegend, in der heute noch Ackerbau und Viehzucht die größte wirtschaftliche Bedeutung haben. Die nomadischen Kurden waren angesehener unter den Stämmen. Sie hatten einen höheren Status, während die Sesshaften sich ihnen als Gegenleistung für den Schutz gegen benachbarte Stämme beugten. Heute ist es mit der PKK, der kurdischen Guerilla, die sich in den Bergen verschanzt und nomadisch lebt, ähnlich. Den PKK-Anhängern unterstehen die Einwohner der Dörfer für ihre Dienste als Krieger und Beschützer der Kurden und sie gewähren ihnen, wenn nötig, Unterschlupf. Neben den PKK-Anhängern gibt es inzwischen nur noch wenige in den Bergen lebende, nomadische Kurden. Die meisten leben in kleinen Dörfern auf dem Lande oder sind in die großen Städte im Westen der Türkei ausgewandert.

Die Einwohner Kurdistans sind meist Bauern oder Schaf- und Ziegenhirten. Sie leben durch den Verkauf ihrer Herdenprodukte wie Leder, Ziegenkäse und Wolle. Die Frauen knüpfen Teppiche und nähen Kleider, um sie auf den Märkten zu verkaufen. Außerdem bauen sie auch Tabak oder Baumwolle an. „Kurdistan remains an important region for agriculture and stockbreeding. It accounts for approximately 15 percent of total cereal production in Turkey“, stellt McDowell fest. „Until the end of the nineteenth century stockbreeding was the single most important economic activity in Kurdistan; large

flocks of sheep and goats would be driven up to the higher summer pastures each year.“<sup>14</sup>In den Städten üben Kurden Berufe aus wie Verkäufer, Klempner, Lehrer und Bankier. Meist jedoch bleiben sie in den großen Städten ungelernete Arbeiter. Die Stadt mit dem höchsten Anteil an Kurden ist Diyarbakir im Herzen Kurdistans. Sie ist zugleich die inoffizielle Hauptstadt von Kurdistan. Hier erblickt man an manchen Ortseinfahrten sogar Willkommens-Schriftzüge sowohl auf Türkisch als auch auf Kurdisch.

Religiös gesehen sind die Stammesangehörigen meist sehr fromm. Unter den Stämmen sind etliche Sekten und extremistische Gruppen verbreitet wie zum Beispiel die Yazidis und die Sarlis. Eine andere verbreitete Sekte sind die Kizilbas, eine extremistische schiitische Sekte in den Regionen zwischen Dersim und Mus, die ihre Anweisungen von ihrem religiösen Oberhaupt, dem Seyit bekommen, da sie kein religiöses Buch wie den Koran oder die Bibel haben, auf das sie sich berufen.

Das politische Klima in der Türkei schränkte die Verleger kurdischer Literatur oder Musik ein und beeinträchtigte die Entwicklung von großen kulturellen kurdischen Ereignissen, sodass zum Beispiel keine kurdischen literarischen oder historischen Werke herausgegeben wurden. In der Zeit nach dem Militärputsch 1980 wurden CDs und Bücher meist im Ausland, vor allem in Deutschland und Frankreich, herausgebracht. Kurdische Literatur, Filme und Musik aus dieser Zeit hatten meist eine klare politische Aussage, die nicht unbedingt im Sinne der Regierung war, weshalb sie jahrelang nur heimlich oder im Exil produziert werden konnten. Man musste bis zum Jahr 1996 warten, bis man offiziell das erste kurdischsprachige Album in der Türkei erwerben konnte. Heute ist das Satellitenfernsehen ein etabliertes Massenmedium, selbst in den kurdischen Gebieten. Auch das Internet wird für Exilkurden immer bedeutender, kann aber im kurdischen Kernland kaum genutzt werden.

Der Newroz, das persische Neujahrsfest, wird in allen muslimischen Ländern gefeiert. Für die Kurden jedoch ist es heutzutage eine Art Volksfest. Es lehnt sich für sie an die Legende des Metallbauers Kawa aus der kurdischen Mythologie an. Dieser rebellierte dem

Mythos zufolge gegen die Tyrannenherrschaft von Dehok und tötete ihn. Er bewegte das Volk zum Widerstand und befreite es somit. Dehok verkörpert in der Legende die kolonialistischen Unterdrücker der Gegenwart und Kawa nach wie vor den revolutionären Kampf der Kurden. Erst in den 1930er Jahren wurde die lange Zeit kaum beachtete Mythologie von kurdischen Schriftstellern aufgegriffen und auf die aktuelle Situation übertragen. Ab den 1950er Jahren nahmen immer mehr Kurden den Newroz zum Anlass für Zusammenkünfte, Feiern und Tänze, aber auch für Demonstrationen und politische Kundgebungen. Der Newroz gilt heute als Symbol für Freiheit und Unabhängigkeit und ist eine politisch aufgeladene Feierlichkeit. 1992 gab es Ausschreitungen bei den Newrozfeiern in Cizre an der Grenze zu Syrien. Die türkische Armee konfrontierte die pazifistischen Demonstranten mit harten Maßnahmen, woraufhin die Situation ausartete und es mehr als 100 tote Zivilisten zu verzeichnen gab.

## 5. Der kurdische Nationalismus in der Türkei

Die Verleugnungspolitik der türkischen Republik dauerte in den 1950er und 1960er Jahren an. Kurdische Militanten und Intellektuelle, die Begriffe wie „Kurdistan“ und „Kurde“ in den Mund nahmen, mussten mit Gefängnisstrafen rechnen, und auch kurdisch zu sprechen stand unter Strafe.

Die 1950er Jahre, das Jahrzehnt der Regierung der Demokratischen Partei (DP), waren eine Zeit starker politischer Unterdrückung. Die Regierungspartei räumte konsequent oppositionelle Politiker und Journalisten aus dem Weg. Die „Affäre der 49 Kurden“ ist dabei nur ein Beispiel der rigorosen Methoden der DP. 1959 wurden 50 kurdische Studenten und Intellektuelle unter dem Vorwand der Volksverhetzung eingesperrt. Der Name der „Affäre der 49 Kurden“ leitet sich davon ab, dass einer der Häftlinge, namentlich Emin Batur, in seiner Zelle gestorben ist. In diese Zeit fällt die Rebellion von Barzani im Irak, die das politische Klima in der Türkei beeinflusst hat. Mustafa Barzani war der erste parteipolitische Führer der Kurden. Mit seiner Demokratischen Partei Kurdistans, kurz KDP, wollte er zunächst auf parteipolitischen Wegen ein unabhängiges Kurdistan erringen. 1958 allerdings startete er mit seinen „Peschmerga“, seinen Freiheitskämpfern, einen Guerillakrieg und schaffte es im September 1961 den Nordirak zu erobern. Dies steigerte das Selbstbewusstsein der türkischen Kurden enorm, war aber auch nicht mehr als ein Etappensieg. Das eigentliche politische Ziel blieb weit entfernt und viel entscheidender war schließlich die Lage in der Türkei, in deren Territorium die meisten Kurden lebten.

Auf die türkische Verleugnungs- und Diskriminierungspolitik sowie den Barzani-Aufstand der 1950er Jahre folgte in den 1960er Jahren eine Periode der Entspannung. Den Anfang leitete paradoxerweise ein Militärputsch am 27. Mai 1960 ein. Ein Aktivist dieser Jahre, der für eine französische Studie über die politische Beteiligung in der

Türkei interviewt wurde, bezeichnet diesen als einen „Militärputsch mit sozial-demokratischen Zügen“. Dies sei etwas Einzigartiges in der Welt<sup>15</sup>. Die Militärregierung verabschiedete 1961 nach dem Putsch eine neue Verfassung, die vom Volk als fortschrittlicher und demokratischer als die alte aufgefasst wurde. Zum ersten Mal wurde das Gewerkschaftsrecht in der türkischen Verfassung verankert. Es wurden außerdem Freiräume der Meinungsäußerung und das Organisationsrecht geschaffen. Das Innenministerium konnte die Presse nun nicht mehr willkürlich zensieren. Kurdische Radiosender aus dem Irak wurden in türkischen Cafés, Handwerkerateliers, Buchhandlungen und Foyers empfangen und übertragen. Zu dieser Zeit entstanden in der Türkei zahlreiche politische Organisationen mit radikal linkem und rechtem Kanon. Diese Zeit relativer Liberalität begünstigte nicht zuletzt auch den kurdischen Nationalismus. Die kurdische Jugend fing an, sich massiv an der türkischen Linken zu beteiligen und neben Barzani Vorbilder wie Lenin oder den Gründer der türkischen Republik, Atatürk, für sich zu vereinnahmen. In jenem sahen sie den ersten Anti-Imperialisten. Der Leninismus war zu dieser Zeit in der Türkei unter den meisten linken Organisationen verbreitet. Als die Allianz zwischen den Kurden und der türkischen Linken zerbrach, schöpften sie aus dem Leninismus das Prinzip eines über sich selbst herrschenden Volkes. Es blieb das Leitbild für die kommenden Jahrzehnte.

In den 1960er Jahren blieben die Aktionen der kurdischen Aktivisten stets im rechtsstaatlichen Rahmen. Es waren vor allem Versammlungen und Demonstrationen verschiedener Organisationen, in denen Aktivisten ihre politischen Ziele artikulierten und gegen die – trotz aller Liberalisierungen – anhaltenden Diskriminierungen andiskutierten. In zahlreichen Städten entstanden so genannte Foyers, intellektuelle Versammlungsorte, in denen marxistische und leninistische Schriften für das kurdische Volk übersetzt wurden. Diese Foyers waren für eine ganze Generation prägend, hier wurden sie für „das Leiden“ ihres Volkes, als das es nun gesehen wurde, sensibilisiert. Die politische Richtung, die die kurdische Bewegung annahm, hing nicht zuletzt auch mit dem sich ausweitenden Kalten Krieg zusammen; die Spaltung der Welt konnte für die kurdische Bewegung nützlich sein –

gleichsam war die Konnotation der Kurden als vom Marxismus und Leninismus geprägt in der nach Westen ausgerichteten Türkei ein nicht ungefährlicher Desintegrationsaspekt. Zu bedenken ist hier schließlich, dass die Türkei seit 1952 Mitglied der Nato war, also dem westlichen Verteidigungsbündnis angehörte, das gegen den so genannten „Ostblock“ und seine politischen Ideale gerichtet war.

Ein erneuter Militärputsch am 12. März 1971, diesmal mit rechtsextremen Tendenzen – ein „gewöhnlicher“ Eingriff des Militärs also – zerstörte die Hoffnungen der Kurden, im legalen Rahmen etwas ändern zu können, endgültig. Die politische Stimmung polarisierte sich durch das Jahrzehnt hindurch. In ökonomischer Hinsicht ging es in diesen Jahren bergab. Die türkische Lira wurde stark abgewertet. Außerdem schloss das Militärregime reihenweise Professoren von den Universitäten aus. Diese ernsthafte, wirtschaftliche und politische Missslage führte zu Chaos und Gewalt auf den Straßen.

Zunehmend richtete sich die Gewalt der Ultra-Nationalisten und der Polizei auch gegen ethnische Minderheiten, vor allem gegen Kurden und Aleviten. Laut der Soziologin und Türkei-Expertin Élise Massicard wurde die Ausgrenzung nicht mehr als Klasseneffekt wie noch zuvor wahrgenommen, sondern als Ergebnis der Zugehörigkeit zu einer ethnischen Gruppe. Sie sieht den gleichen Prozess bei der Bewegung der Aleviten, denn vor allem ab den 1980er Jahren beriefen sich die Minderheiten im Lande auf ihre Herkunftsgruppen<sup>16</sup>. Hinzu kam eine Migrationswelle vom Osten in den Westen des Landes, sodass sich Kurden und Türken viel häufiger begegneten und sich immer mehr Differenzen herauskristallisierten.

Ein Mitbegründer der DDKO, des ersten kurdischen Vereins in der Republik, Ümit Firat, erklärt dies in einem Interview mit dem Online-Nachrichtenportal *bianet* wie folgt: „Die Leute betrachten sich nicht als hemseri<sup>17</sup>, solange sie in Agri oder Bingöl leben. Doch in Ankara werden sie zu hemseri. Vor allem unter den Kurden war das hemseri-Motiv stärker. Die kurdischen Jugendlichen bemerkten in ihren Heimatregionen nicht, dass ihre Probleme gleichzeitig die Probleme der anderen Kurden waren. ‚Aber zwischen Türken und

Kurden gab es diese Probleme nicht', sagten sie. Sie gab es nicht, denn sie waren noch nicht aufeinander getroffen.“<sup>18</sup>

Als Ende der 1960er Jahre die DDKO, die revolutionäre östliche Kultur-Gesellschaft, gegründet wurde, beteiligten sich vor allem Studenten und in den Westen Emigrierte kurdischer Herkunft an der Bewegung. Als 1973 auch die kurdische Arbeiterpartei (PKK) von kurdischen Studenten in Ankara gegründet wurde, festigte sich der nationalistische Gedanke endgültig im kurdischen Volk. Die Klub- und Parteimitglieder waren der Auffassung, Kurdistan sei eine Kolonie, und sie wandten sich von der kemalistischen Staatsideologie ab, da diese dazu diene, die Unterdrückung zu rechtfertigen. Für Gülnür Elçik von *bianet* sind beide Bewegungen ein Beweis dafür, dass „die Menschen vom Osten sich mit der kurdischen Identität verbanden und ihren Kindern zum ersten Mal kurdische Namen gaben“<sup>19</sup>.

Die Tradition von Militäreingriffen in jeweils zehnjährigen Abständen in der Türkei setzte der dritte Putsch in der Geschichte der Republik im Jahre 1980 fort. Diesmal schränkte das Militärregime die Handlungsfreiräume vor allem linker Organisationen erheblich ein. In der neuen Verfassung von 1981 schwächte man das Gewerkschaftsrecht ab und verabschiedete sich teilweise von den laizistischen und sozialen Prinzipien des Kemalismus. Der Religionsunterricht in staatlichen Schulen wurde zum Pflichtfach und zahlreiche den Ministerien unterstehende Institutionen wie das MGK, der nationale Sicherheitsrat oder das RTÜK, der Rat für Radio und Fernsehen, wurden geschaffen, um das moralische Leben im Lande zu überwachen. Zahlreiche Aktivisten wurden aus dem öffentlichen Arbeitssektor ausgeschlossen. Obwohl die Junta mit diesen Maßnahmen die Gesellschaft entpolitisieren und eine einheitliche nationale Identität schaffen wollte, half das gegen den inzwischen stark in Schwung gekommenen kurdischen Nationalismus nichts. Die Kurden schlossen sich nun häufiger den kurdischen Organisationen an, da das Militärregime die türkische Linke inzwischen zerschlagen hatte. Die kurdischen Vereine radikalisierten sich mit der Zeit, was dadurch begünstigt wurde, dass die Regierung sie gemeinsam mit den türkischen linken Vereinen gezielt in das

Fadenkreuz nahm. Nach dem Putsch von 1971 waren die Zellen des Gefängnisses von Diyarbakir mit zahlreichen Mitgliedern der DDKO und kurdischen Intellektuellen gefüllt. Hier machten die Insassen zum Teil die neue Linie ihrer Vereine fest. Nach ihrer Amnestie durch die sozialdemokratische Regierung 1974 hatten sie ihren Glauben an den legalen Aktivismus verloren.

Spätestens Mitte der 1980er Jahre schaffte es die PKK dann, sich als die „wahre“ Verteidigerin des kurdischen Volkes zu etablieren, und erweckte zumindest in der Öffentlichkeit den Eindruck, es geschlossen hinter sich zu haben. Dies war über Jahrzehnte hinweg ein schlagkräftiges Argument der Organisation.

# 6. Der Griff zu den Waffen – der Kampf der PKK

## 6.1. Die Folgen des Putsches von 1980

Die Ergebnisse des Putsches von 1980 waren gravierend: Die Putschisten ermordeten circa zehn kurdische Aktivisten. Sie verboten generell, Kurdisch zu sprechen – also nicht mehr nur an öffentlichen Orten wie es bis dato der Fall war. Das Militärregime ging gegen jede Art von Opposition harsch vor und politischer Aktivismus war in diesen Jahren mit der großen Gefahr verbunden, in Haft genommen, entführt oder ermordet zu werden. Insgesamt wurden rund 400 linke Aktivisten erschossen, erhängt, bis zum Tode gefoltert oder entführt. Mehr als 600.000 Personen nahm die Polizei in Gewahrsam, die Gerichte verurteilten 85.000 Menschen zu langjähriger Haft.<sup>20</sup> Hinzu kamen Kämpfe zwischen der PKK und der KUK, der Nationalen Befreier Kurdistans, eine weitere kurdische Organisation, die im Gegensatz zur PKK auf feudal-traditionelle Werte setzte. Beide Organisationen hatten Rückhalt im kurdischen Volk und wollten sich darüber hinaus über die jeweils andere erheben. Dabei kam es zu blutigen Auseinandersetzungen. In den 80er Jahren schließlich traten die meisten kurdischen Jugendlichen, die sich politisch beteiligen wollten, der PKK bei und ab 1984 schließlich fing der langwierige Bürgerkrieg in den Kurdengebieten an.

## 6.2. Entstehung der PKK

Die PKK, die Arbeiterpartei Kurdistans, ging 1978 aus einer Gruppe hervor, die sich unter der Führung von Abdullah Öcalan die „Apo-Anhänger“<sup>21</sup> nannte. Öcalan, selbst Kurde aus Sanliurfa, war Anfang der 1970er Jahre Student an der Fakultät für Politikwissenschaft in Ankara und an der türkischen revolutionären Linken stark beteiligt. Enttäuscht davon, dass die türkische Linke die Kurdenfrage in den Hintergrund schob, schloss er sich mit sechs weiteren politischen Genossen zusammen. Die Gruppe kappte nun alle Verbindungen mit der türkischen Linken, zog sich in die Kurdengebiete zurück und leitete, wie sie es ausdrückt, eine „kurdisch-nationale Befreiungsbewegung auf marxistisch-leninistischer Basis“<sup>22</sup> ein. Die ersten Handlungen der PKK richteten sich gegen andere örtliche Akteure in Kurdistan, seien es Stammesoberhäupter oder Organisationen wie die DDKO. Das Ziel der blutigen Auseinandersetzungen mit diesen war es, sich als einzige Organisation zu etablieren, auf die sich das kurdische Volk berufen konnte.

## 6.3. Ideologie der PKK

Die Mitglieder der Organisation übernahmen nach und nach eine radikal kurdisch-nationalistische Haltung. Gemäß Hamit Bozarslan, einem Experten der Kurdenfrage an der EHESS, der renommierten Hochschule für Sozialwissenschaften in Paris, hatten sie die Idee vor Augen, dass nur der gewaltsame Widerstand eine „positive Identität [...] des kurdischen Individuums“ schaffen kann. Die Aktivisten wollten sich loslösen von der gängigen Definition der kurdischen Persönlichkeit, die für sie eine Sklavenmentalität war.<sup>23</sup> Gleichzeitig verbreitete sich der Kult der Persönlichkeit des Anführers Öcalan, der so weit ging, dass interne Abtrünnige hingerichtet wurden. Wer sich gegen die Lehren des Anführers stellte, wurde nicht geduldet. Nach Bozarslans Meinung bildete sich die PKK-Ideologie in einem Spiegeleffekt: Man benutzte dieselben Werkzeuge, die die Türken benutzt hatten, um ihre Idee vom Türkentum zu festigen. Genauso wie die Türken einen Befreier (Atatürk), ein Buch (Atatürks „Ansprache“), einen Tempel (das Mausoleum von Atatürk) und eine Geschichte ihrer Befreiung hatten, fanden auch die Kurden in Abdullah Öcalan ihren Befreier, in Mesopotamien als Ort der kurdischen Vorgeschichte ihren mythischen Ort und in der Geschichte um Kawa, den Metallbauer, ihren glorreichen Mythos. Gewappnet und gefüttert mit diesen ideologischen Waffen und vor Selbstvertrauen strotzend ging die PKK in den bewaffneten Kampf über.

## 6.4. Der Beginn der Auseinandersetzungen

Am 15. August 1984 überfielen PKK-Mitglieder auf Befehl Öcalans Militärposten in Vororten von Siirt im Südosten der Türkei und töteten dabei einen türkischen Soldaten. Sechs weitere Soldaten und drei Zivilisten wurden verletzt. Mit dieser Aktion startete der Guerilla-Krieg zwischen der PKK und der türkischen Armee. In den 1990er Jahren, als der Bürgerkrieg am intensivsten war, zählte die PKK bis zu 10.000 Mitglieder. Dem Terrorismus begegnete die türkische Armee mit ihrem „weißen Terrorismus“<sup>24</sup>. Die türkischen Militärs wollten den Krieg auf einer niedrigen Intensität halten, um den Schein der Geschlossenheit der türkischen Nation zu wahren. Gemäß ihrer Konterguerilla-Taktik gründete die Regierung in Absprache mit dem Militär Organisationen, die die Terrororganisation bekämpfen und das Volk unter Kontrolle halten sollten. Beispiele hierfür sind das JITEM (der Geheimdienst der Gendarmerie), der Nationale Geheimdienst und ein eigens für den Kampf gegen Terrorismus gegründetes Polizeidepartement. Außer diesen Regierungsorganisationen gab es noch Gruppen, die der ultranationalistischen MHP nahe standen und die türkische Hisbollah, die von der Regierung unterstützt wurde, da sie einigermaßen Fuß gefasst hatte unter den Kurden und als islamistische Gruppe die PKK abschwächte.

Die Regierung führte einen regelrechten Anti-Guerilla-Krieg nach dem Vorbild der Vereinigten Staaten von Amerika in Vietnam oder auch Frankreichs in Indochina und Algerien. Todesschwadronen entführten regelmäßig Verdächtige, mafiöse Strukturen entwickelten sich. Am 3. November 1996 kamen die Verbindungen der Politiker in den Untergrund zum ersten Mal an das Licht der Öffentlichkeit. Bei einem Autounfall bei Susurluk auf dem Weg von Kusadasi an der Westküste des Landes nach Istanbul wurde der damalige Sanliurfa-Minister Sedat Edip Bucak von der Partei des rechten Weges (DYP), die seit 1991 an der Regierung war, schwer verletzt. Mit ihm an Bord der schwarzen Mercedes-Limousine waren Hüseyin Kocadag, der

Direktor einer Polizeischule in Istanbul, Abdullah Catli, der mit einem gefälschten Ausweis unterwegs war, und GoncaUs. Diese sterben beim Unfall. Die wirklich interessanten Glieder in dieser Kette sind jedoch der mit einem gefälschten Ausweis ausgestattete Abdullah Catli und GoncaUs. Dieser war Mitglied der Konter-Guerilla und wurde zuvor schon mehrmals von der türkischen Justiz wegen der Ermordung von Anhängern linker Organisationen beschuldigt und war daraufhin nach Deutschland geflüchtet. GoncaUs war eine Auftragskillerin der Mafia. Dieses Ereignis schockierte die türkische Öffentlichkeit. Im Anschluss ermittelte das Staatssicherheitsgericht gegen den Minister aus Sanliurfa. Der Susurluk-Skandal zeigte zum ersten Mal das wahre Gesicht des „stillen Krieges“. Allein in den Jahren 1992 und 1993 wurden etwa 2000 Intellektuelle und Politiker außergerichtlich hingerichtet.

Spätestens seit Anfang der 1980er Jahre konnte die PKK auch in Europa Fuß fassen, sodass sich der Guerilla-Kampf teilweise ins Ausland verlagerte. Nach dem Militärputsch von 1980 kamen zunehmend politische Asylanten, darunter viele Kurden, nach Europa. Im Jahre 2000 gab es allein in Deutschland 2,5 Millionen Türken, davon circa eine halbe Million Kurden. In ganz Europa betrug die Zahl der Kurden rund eine Million. Die PKK-Sympathisanten in Europa versorgten die Guerilla in der Türkei sowohl mit finanziellen Ressourcen, als auch durch Waffenschmuggel. Die türkische Regierung versuchte daraufhin, die Diaspora im Ausland unter ihre Kontrolle zu bringen, indem sie politischen oder religiösen Vereinen im Ausland finanziell aushalf. Die DITIB (Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion) war ein solcher Fall. Dennoch gründeten die Exilkurden das kurdische Parlament 1995, das sich seitdem fast jährlich versammelt. Diese Entwicklungen hatten Auswirkungen auf die türkische Diplomatie in Europa. Die Regierung in Ankara drohte, mit außenwirtschaftlichen Maßnahmen gegen die europäischen Regierungen vorzugehen, sollten diese die Aktivitäten der Kurden in Europa nicht stoppen. Als das kurdische Parlament sich im September 1998 in Italien versammeln wollte, reichte die türkische Regierung ein Mandat für die internationale Festnahme von 32 Mitgliedern des Parlaments ein. Bereits 1993 wurde die PKK von Deutschland und Frankreich auf die

Liste der Terrororganisationen gesetzt und war fortan illegal. In Großbritannien dauerte es noch bis 2001 bis dieser Schritt vollzogen wurde. Es kam in den 1990er Jahren sogar zur Zusammenarbeit von türkischer und europäischer Polizei. Operation „Sputnik“ beispielsweise war eine länderübergreifende polizeiliche Ermittlung und betraf nach Aussagen des türkischen Außenministeriums Belgien, Deutschland, die Schweiz, Luxemburg und Großbritannien<sup>25</sup>.

## 6.5. Zwischen europäischer Integration und innerer Unruhe

1999 wurde die Türkei offiziell als EU-Beitrittskandidat anerkannt und es begann eine Integrationsphase in die Union – mit immer noch offenem Ausgang. In diesem Prozess kritisierte der Europäische Gerichtshof die Verletzung der Menschenrechte in der Türkei und begann sich in den schwelenden Kurden-Konflikt einzumischen. Das Jahr 1999 ist aber auch in einem anderen Zusammenhang bedeutend für den Konflikt. Am 15. September 1999 verhafteten türkische Spezialtruppen PKK-Führer Öcalan am Flughafen von Nairobi in einer gemeinsamen Operation mit der CIA und dem kenianischen Geheimdienst. Öcalan hatte sich in die griechische Botschaft in Kenia geflüchtet, wurde von dort jedoch in Absprache mit der türkischen Regierung vertrieben. Er wurde wenige Monate später zum Tode verurteilt; die Todesstrafe wurde jedoch später in lebenslange Haft umgewandelt. Seitdem sitzt Öcalan in Einzelhaft auf der Gefängnisinsel Imrali. Dennoch wurde er kurz darauf von einem kollegialen Vorstand erneut zum Vorsitzenden der PKK gewählt und definierte die neuen Ziele: Kulturelle Autonomie für die Kurden und die Umformung der Türkei in eine republikanische Demokratie<sup>26</sup>.

So war die Zeit zwischen 1999 und 2005 eine etwas ruhigere Phase, zum einen da die PKK durch die Verhaftung Öcalans deutlich geschwächt war und zum anderen durch Aussichten der Türkei auf die EU-Mitgliedschaft. Außergerichtliche Hinrichtungen nahmen ab und kurdische legale Initiativen nahmen zu. Kurdische Filme und Musik wurden zunehmend auch in der Türkei produziert. Das Klima liberalisierte sich in der Türkei.

Die türkischen Militärs, traditionell Wächter der staatlichen Ordnung, sahen die türkische Einheit in diesem Prozess jedoch gefährdet. Denn durch die Verlagerung des kurdischen Aktivismus in den legalen Bereich erlangte die kurdische Bewegung eine gewisse

Legitimität genauso wie die Öffentlichkeit die Kurdenfrage stärker wahrnahm und diese zu diskutieren begann. Aber eine Lösung war damit noch lange nicht gefunden, im Gegenteil: Durch das Beharren der Armee auf eine militärische Lösung und durch den neuen türkischen Nationalismus erstarkten die bewaffneten Auseinandersetzungen erneut. Die Anzahl und Heftigkeit der Auseinandersetzungen sprechen nach wie vor für einen anhaltenden Bürgerkrieg, auch wenn dieser wohl mittlerweile zu einem der medial vergessenen Kriege gehört: 40.000 Tote seit Mitte der 1980er Jahre, anhaltende Attentate und Vergeltungen bis in die jüngste Zeit, die Umsiedlung großer Bevölkerungsteile im Südosten der Türkei sind keine Zeichen für eine Beruhigung des Konflikts.<sup>27</sup>

## 7. Auf der Suche nach neuen Wegen – der Kampf verlagert sich

Die PKK hatte das kurdische Volk mit ihrer Ideologie und ihrem Befreiungskampf seit den 1980er Jahren durchdrungen. Sie führte im Südosten der Türkei ein eigenes Steuer- und Rechtssystem ein. Der Newroz wurde ab 1983 zum Anlass genommen, um vier gefallener PKK-Kämpfer zu gedenken, die 1982 im Gefängnis von Diyarbakir Selbstmord begangen hatten, um gegen die Haftbedingungen zu protestieren. Doch so sehr die PKK die öffentlichen Debatten um den Konflikt auch beherrscht hat, so beschränkten sich die kurdischen Aktionen nicht nur auf den bewaffneten Kampf. Über die Jahre hinweg hatte sich auch ein ziviler Widerstand bei Politikern gebildet.

Die politische Teilnahme der Kurden fing damit an, dass kurdische Politiker von der sozialdemokratischen SHP an Konferenzen zur Kurdenfrage in Europa teilnahmen. Unter anderem rief das Kurdische Institut in Paris zu einer internationalen Konferenz 1989 auf. Die Politiker der SHP, die daran teilnahmen, wurden aus der Partei ausgeschlossen. Damit begann ein Marathon von Verboten und Neugründungen von kurdischen Parteien. Maxime Azadi von der französischen Internetzeitung *mediapart* spricht in Bezug auf die Türkei treffend von einem „Friedhof der politischen Parteien“<sup>28</sup>. Die von der SHP Ausgeschlossenen gründeten gemeinsam die HEP (Partei der Arbeit des Volkes), deren Teilnahme an der Politik unter anderem vom damaligen Präsidenten Turgut Özal unterstützt wurde. Dieser war überzeugt davon, dass die Teilnahme der Kurden an der Politik den Einfluss der PKK mindern und den Kurden eine Alternative bieten würde. Die HEP brachte im Anschluss an die Parlamentswahlen 1991 immerhin 22 Kandidaten in das Parlament, darunter auch Leyla Zana. Bei ihrem Amtseid zur folgenden Legislaturperiode kam es zum eingangs geschilderten Eklat. Die Partei bewahrte ihre Distanz zur SHP und machte vor allem die Sicherstellung der Menschenrechte in Kurdistan zu ihrem

grundlegenden Anliegen.<sup>29</sup> Das wurde der HEP zum Verhängnis und sie wurde kurz darauf mit einem Mehrheitsbeschluss im Parlament geschlossen. Auf die HEP folgten weitere kurdische Parteien, die früher oder später das Schicksal der Vorgängerpartei teilen sollten: Die ÖZDEP von 1992 bis 1993, die DEP von 1993 bis 1994, die HADEP von 1994 bis 2003 und schließlich die DTP von 2005 bis 2009. Mehr als 100 Mitglieder dieser Parteien und ein Abgeordneter wurden in diesem Zeitraum ermordet. In der Legislaturperiode der DEP rief das Parlament zu einer außerordentlichen Versammlung. „Die Abgeordneten der DEP wurden öffentlich von der Presse und dem Militär als innere Feinde angeprangert“<sup>30</sup>. Sie verloren allesamt die Immunität eines Abgeordneten und wurden exiliert oder zu langen Haftstrafen verurteilt, so wie Leyla Zana.

Für den Politikwissenschaftler Bozarslan bildeten diese Parteien „eine Art Peripherie“ der PKK, ohne sich „organisch an diese zu binden“<sup>31</sup>. Sie wollten unter anderem Verhandlungen zwischen der Regierung und der PKK in die Wege leiten. Mithilfe des kurdischen Präsidenten des Irak, Jalal Talabani, wurde dieses Vorhaben 1993 fast erreicht, scheiterte dann aber doch. Ein Kommandant der PKK hatte 33 türkische Soldaten hingerichtet. Präsident Özal starb am 17. April desselben Jahres. Somit waren die günstigen Bedingungen für einen Dialog gebrochen.

Neben den kurdischen Parteien waren allerdings auch die islamistischen Parteien in der kurdischen Bevölkerung beliebt. Dies und das strategische Wählen aufgrund der Zehn-Prozent-Hürde für den Einzug einer Partei in das türkische Parlament erklärt den dennoch mäßigen Erfolg der kurdischen Parteien. Man wollte lieber seine Stimme einer Partei geben, die sicher über die Zehn-Prozent-Hürde kommt. Die islamistischen Parteien begegneten dabei den Kurden mit einer ungewohnten Offenheit. Die gemäßigt-islamische Partei AKP, die derzeit die Regierung stellt, konnte sich bei den Parlamentswahlen 2007 sogar als erfolgreichste Partei in den kurdischen Städten behaupten. Der Parteivorsitzende und Ministerpräsident, Recep Tayyip Erdogan, hatte sich bis zu den Wahlen gegen Militäroperationen im Nordirak, dem irakischen Kurdistan, eingesetzt, was ihm unter den Kurden viel Sympathie

eingebraucht hat. Die kurdischen Parteien konnten allerdings auf anderem Weg die Zehn-Prozent-Hürde umgehen, indem sie ihre Kandidaten als Unabhängige auf die Listen setzten, für die die Hürde nicht gilt. Mit diesem Schachzug hat es die DTP geschafft bei den Wahlen 2007 ungefähr 20 Abgeordnete ins Parlament zu bringen. Heute ist die BDP als kurdische Partei mit 36 Abgeordneten im Parlament vertreten.

## 8. Die Kurdenfrage und die EU-Beitrittskandidatur der Türkei

Nach dem europäischen Gipfeltreffen in Helsinki 1999 stimmte die türkische Bevölkerung mit großer Mehrheit für den Beitritt zur Europäischen Union. Die politischen Lager hatten dafür verschiedene Gründe. Die Sozialdemokraten sahen eine Chance, mit finanziellen Hilfen der EU zerstörte Städte wiederaufzubauen, die Liberalen erhofften sich eine stärkere Öffnung für den freien Markt und die Islamisch-Konservativen zählten auf eine Demokratisierung und Abschwächung des Laizismus im Lande. Die Kurden erhofften sich eine Verbesserung ihrer Situation bei einem Beitritt der Türkei. Leyla Zana unterstreicht in einem Brief aus dem Gefängnis von Ankara an den damaligen Ministerpräsidenten Bülent Ecevit, warum sie den Beitritt der Türkei unterstützt:

„Während der Verhandlungen von Helsinki habe ich in einem Brief an die europäischen Regierungen und Politiker gebeten, die Türkei in die Kandidatur aufzunehmen, indem ich alles in meiner Macht Stehende getan und ihre Aufmerksamkeit auf die besondere türkische Empfindlichkeit gezogen habe. [...] Für die Türkei gibt es eine einzige mögliche Zukunft, die nur erreicht werden kann, wenn das Land sich universellen Werten in Politik, Recht und Wirtschaft anpasst, wohingegen jeder andere Weg zu einem endlosen Chaos führen würde.“<sup>32</sup>

Mit „universellen Werten“ meint Zana die Menschenrechte, als deren Verfechterin sie die Europäische Union sieht.

Seit der Beitrittskandidatur ist der Einfluss der EU auf die Politik der Türkei gewachsen. Für eine Vollmitgliedschaft musste die Regierung in Ankara zahlreiche Reformen unternehmen. Um die Aufnahmekriterien erfüllen zu können, wurde zum Beispiel die Todesstrafe Öcalans aufgehoben und in die lebenslange Haftstrafe umgewandelt. Das türkische Parlament stimmte im August 2002 der Abschaffung der Todesstrafe in Friedenszeiten zu und kündigte an, Todesurteile aufgrund terroristischer Straftaten zukünftig in lebenslange Haftstrafen umzuwandeln. Die EU hatte nun stets ein Auge auf die Türkei und beobachtete die Reformierung des Landes.

Europäische Medien und Instanzen der EU äußerten sich regelmäßig zu den Geschehnissen in der Türkei. Der Europäische Gerichtshof kritisierte zum Beispiel das Verbot der kurdischen Parteien, da diese doch Gewalt abgelehnt und sich für demokratisch-politische Lösungen eingesetzt hatten. Auch die deutsche Politik befasste sich immer ausdrücklicher mit dem Konflikt und war oft gezwungen, Stellung zu nehmen. Alle deutschen im Bundestag vertretenen Parteien äußerten sich zu einem möglichen Giftgasangriff, mit dem die türkische Armee acht Rebellen im September 2009 umgebracht hatte und forderten eine Obduktion der Leichen.

Eine große Hürde war es, den Einfluss des Militärs auf die Politik einzudämmen. Der Nationale Sicherheitsrat der Türkei, durch den die Armee direkten Einfluss auf die Politik hatte, war für die EU eine unzeitgemäße Einrichtung. So wurden nach dem Beginn der Beitrittsverhandlungen im Jahre 2005 Stimmen laut, die gegen die EU-Mitgliedschaft sprachen. Türkische Nationalisten warnten vor einem Ausverkauf türkischer Interessen. Nach Ansicht des Journalisten Emin Cölasan von der Hürriyet hätten die im Interesse des EU-Beitritts verabschiedeten Gesetzesreformen die Türkei in dem notwendigen Kampf gegen den Terrorismus geschwächt.<sup>33</sup>

Bei den Kurden war die Zustimmung zu einem EU-Beitritt zwar immer besonders hoch, unabhängige kurdische Intellektuelle sowie Vertreter kurdischer Parteien äußerten sich aber nach dem Beginn der Beitrittsverhandlungen zunehmend enttäuscht über die konkrete Ausgestaltung der Beitrittsbedingungen bezüglich der Rechte der Kurden. Das Konzept der EU sah für sie nur individuelle und kulturelle Rechte vor, nicht jedoch gruppenbezogene politische Rechte.<sup>34</sup> Auch von anderer Seite gab es immer wieder Kritik. So wirft u.a. die Gesellschaft für bedrohte Völker den europäischen Staaten vor, aus wirtschaftlichen Erwägungen die politischen Reformen in der Türkei nicht ausreichend zu unterstützen. Das Gesamthandelsvolumen zwischen der Bundesregierung und der Türkei beispielsweise beträgt rund 16 Milliarden Euro pro Jahr. Die Bundesregierung lobe deshalb „unverantwortlich schnell jeden

Reformschritt“, den die EU der Türkei abverlangt, auch wenn die wichtigsten Reformen vor Ort nicht ankämen.<sup>35</sup>

## 9. Die Kurdenfrage heute

Im Wahlkampf zu den türkischen Parlamentswahlen 2011 waren die Parteien und die Öffentlichkeit auf die Kurdenfrage fokussiert. Jeder türkische Politiker musste dazu Stellung nehmen. Die Kurdenfrage war das zentrale Thema der politischen Debatte vor und nach den Wahlen. Seit Öcalans Gefangennahme nahmen die Kurden ihre Forderungen ein Stück weit zurück. Die Kurdenpartei BDP trat in den Wahlkampf mit der Forderung nach einer kurdisch-autonomen Region im Südosten des Landes. Man forderte keinen eigenen Staat und keine totale Abkapselung mehr vom türkischen Nationalstaat. Die kurdische Bevölkerung hatte in den letzten zehn Jahren eine Entwicklung durchgemacht. Sie ging nun eher gemäßigten Autonomiebestrebungen nach. Nicht zuletzt aus diesem Grund hatte die PKK in den Jahren vor den Wahlen 2011 auf politischer Ebene an Bedeutung verloren. Stattdessen hatte sich die BDP etabliert und wurde auch von türkischen Politikern ernst genommen.

Auch die Menschenrechtsdebatte floss diesmal in den Wahlkampf ein. Die Oppositionsparteien warfen der AKP, die inzwischen für den wirtschaftlichen Aufstieg der Türkei steht, vor, die Menschenrechte mit Füßen zu treten. Zahlreiche regimekritische Journalisten und Studenten wurden teilweise ohne Gerichtsbeschluss inhaftiert und mussten monatelang auf ihr Gerichtsverfahren warten. Vor allem die Verhaftungen der beiden Journalisten Ahmet Sik und Nedim Sener wurden auch von internationalen Medien scharf kritisiert. Diese hatten zuvor ein Buch mit dem Titel „Die Armee des Imam“ herausgebracht, das der Regierung vorwarf, mit islamistischen Kreisen zu verkehren und eine fundamentalistische Klientel in ihren Reihen zu haben. Es war nun nicht mehr das Militär, das man mit Menschenrechtsverletzungen beschuldigte, sondern die Regierung selbst. Das Militär nämlich hatte zu diesem Zeitpunkt laut Gilles Dorransoro bereits seine „Rolle als Schiedsrichter“<sup>36</sup>, verloren. Die AKP hat sich seit 2006 nach und nach die führenden Generäle der türkischen Armee unter dem Vorwurf der Mitgliedschaft in der

Untergrundorganisation Ergenekon entledigt und ihre starke Position im Staat enorm abgeschwächt.

Die Fronten haben sich in den letzten Jahren somit verschoben. Der Konflikt verläuft nicht mehr ausschließlich zwischen der Armee und der PKK, sondern auch auf einer zweiten Ebene: Zwischen der Regierung und der kurdisch-zivilen Opposition. Zwei Monate vor den Wahlen wurden zwölf parteilose Kandidaten, die allesamt kurdischer Abstammung waren, von den Wahlen ausgeschlossen. Begründet wurde dies mit den Vorstrafen der Betroffenen. Die meisten dieser unabhängigen Kandidaten waren von der BDP aufgestellt, um die Zehn-Prozent-Hürde zu umgehen.

Der BDP-Chef Selahattin Demirtas sagte als Reaktion auf den Ausschluss der Kandidaten, dass viele der rund zwölf Millionen Kurden in der Türkei sich wie Bürger zweiter Klasse fühlten.<sup>37</sup> Die CHP näherte sich mit ihren Programmen den kurdischen Wählern, die sie jahrelang vernachlässigt hat, immer mehr an. Punkte wie „die Absenkung der Zehn-Prozent-Hürde“ oder „die Aufhebung der Hindernisse für ein föderales System“ erfreuten nunmehr auch kurdische Wähler. Die Sozialdemokraten sprachen auch nicht mehr vom Kurdenproblem, sondern von einem „Geschwisterstreit“.

Nach den Wahlen trat die PKK erneut in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Die AKP wurde mit erschlagender relativer Mehrheit von 49,8 Prozent wiedergewählt und konnte ein weiteres Mal eine Einparteienregierung bilden. Die PKK startete im Anschluss an die Wahlen eine Angriffsserie auf Militäreinrichtungen. Damit begann ein neuer blutiger Abschnitt des Konfliktes.

Die BDP hingegen hatte nach der Wahl Parlamentssitzungen boykottiert, weil fünf ihrer Abgeordneten, die in Haft waren, nicht entlassen wurden, und einem Abgeordneten das Mandat entzogen worden war.

Bei Anschlägen der PKK am 14. Juli 2011 in Silvan bei Diyarbakir starben 13 Soldaten und Ende August 2011 in Hakkâri bei einem Angriff auf einen Militärkonvoi elf weitere Soldaten. Daraufhin flog die türkische Luftwaffe mehrere Angriffe gegen die PKK-Lager im Nordirak. In diesen Angriffen wurden laut Generalstab mehr als 90

PKK-Kämpfer getötet. Am 19. Oktober 2011 ereignete sich die verlustreichste Auseinandersetzung für die türkische Armee seit 1993. Bei einem Angriff der PKK auf einen türkischen Militärposten in Çukurca an der Grenze zum Irak starben 24 Soldaten und 18 weitere wurden verwundet. Als direkte Reaktion darauf drängte das türkische Militär auf Operationen im Nordirak. Der Konflikt schwelt somit weiter, meist jedoch kaum noch beachtet von den westlichen Medien.

## 10. Die soziale Lage der Kurden in der Türkei heute

Ein kurzer Blick auf die Bevölkerungsstatistiken genügt, um festzustellen, dass die kurdische Bevölkerung immer noch sozial und wirtschaftlich benachteiligt ist. Gemäß einer Umfrage des türkischen Institutes KONDA leben noch immer mehr als 50 Prozent der Kurden in der Türkei unter dem Armutsniveau, knapp 25 Prozent sogar unter der Hungergrenze. Die kurdische Sprache ist zwar nicht mehr verboten, jedoch darf sie von Politikern nach den Richtlinien für politische Parteien nicht angewandt werden. In der Schule ist die Unterrichtssprache nach wie vor Türkisch. Viele Schüler und Schülerinnen im Südosten des Landes werden dadurch daran hindert, gute schulische Leistungen zu erbringen, da sie oft erst in der Schule mit Türkisch konfrontiert werden. Infolge dessen sind ungefähr 42 Prozent der Erwachsenen Analphabeten und ein Viertel der Kinder, größtenteils Mädchen, geht erst gar nicht zur Schule. Der Druck auf kurdische Politiker und die Diskriminierung von Teilen der Bevölkerung sind ebenfalls noch an der Tagesordnung.

## Fazit

Die Türkei ist ohne Zweifel ein multiethnischer Staat. Neben den Kurden leben in Anatolien auch Tscherkessen, Lasen, Araber, Aramäer und weitere Volksgruppen. Doch nur die kurdische Bevölkerung ging in den bewaffneten Widerstand über. Dafür gibt es vielfältige Gründe: Sie haben keinen eigenen Staat, sie sind die größte der ethnischen Minderheiten im Lande, gehören gleichzeitig aber auch zu den Ärmsten der türkischen Bevölkerung. Sie leben auch in den benachbarten nahöstlichen Staaten, in denen ihre Rebellion mitgetragen wird, und es gibt eine gefestigte kurdische Diaspora in Europa, die unterstützend zur Seite steht. Die Art und Weise wie dieser Konflikt seitens der Kurden und der türkischen Seite ausgetragen worden ist war über die Jahrzehnte sehr unterschiedlich. Anfangs wurde der Konflikt offiziell totgeschwiegen, dann bekämpfte man die Rebellen und wollte sie auslöschen, um somit ein für allemal den Konflikt unter den Tisch zu kehren. Schließlich wurden die kurdischen Parteien und Politiker als „Separatisten“ und „Störenfriede“ diffamiert. Erst mit Özal und später dem Integrationsprozess in die EU begann man, diplomatische Wege zu versuchen.

Auch der Kampf der Kurden um Anerkennung hat sich über die Jahre hinweg verlagert, von Stammes-Aufständen über den Guerilla-Krieg hin zur Parteipolitik im Rahmen der parlamentarischen Ordnung. Neben Öcalan ist nun auch Leyla Zana zu einer Allegorie der kurdischen Bewegung geworden. Die Kurden haben sich trotz aller Widerstände fest in der türkischen Politik verankert. Davon, dass das Kurdenproblem und das kurdische Volk nicht existieren, spricht heute keiner mehr, was als ein Durchbruch und Erfolg zu werten ist.

Ein Auszug der von der kurdischen Abgeordneten Aysel Tugluk gehaltenen Rede bringt die aktuelle kurdische Perspektive auf den Punkt. Tugluk hielt die Rede im Rahmen eines Workshops zur demokratischen Lösung der Kurdenfrage:

„Es ist eine offensichtliche Sache, dass das Kurdenproblem ein Problem der Verleugnung einer Volksidentität und somit deren Statuslosigkeit ist. Im Zeitalter der Nationalstaaten sind die Kurden heute mit einer Bevölkerungsanzahl von fast 40 Millionen das größte Volk ohne Staat. Die Identität eines riesigen Volkes wurde geleugnet. Während die Weltpolitik neu geformt wurde, war dieses Volk zur Statuslosigkeit verdammt; man wollte es in das 20. Jahrhundert begraben. Jeder Mensch mit einem Verstand muss sehen, dass an dieser Sache etwas nicht stimmt, muss sich diese Fragen stellen und muss Antworten suchen. Obwohl in nationalen Kämpfen der Zusammenhalt vorhanden war, wurde die Gründerideologie der Republik Türkei und dessen öffentliche Philosophie nach der Gründung der Republik auf die politische Marginalisierung von drei grundlegenden Fronten geeicht.“<sup>38</sup>

# Literaturverzeichnis

Azadi, Maxime, La Turquie condamnée pour l'interdiction d'un parti kurde, :Mediapart, 14. Dezember 2010.

Barkey, Henri, Les Occidentaux apportent un soutien mesuré aux Kurdes, in: Confluences Méditerranée, Revue trimestrielle N° 34 Été 2000. Paris : Éditions L'Harmattan.

Barkey, Henri/Fuller, Graham, Turkey's Kurdish Question. Lanham, 1998.

Bozarслан, Hamit, Conflit kurde. Le brasier oublié du Moyen-Orient. Paris 2009.

Cölasan, Emin, GidisNereye?, aus dem Archiv von hurriyet.com.tr, 06.09.2005.

Doganay, Ülkü/Köker, Eser, Le cadrage des protestations dans les journeaux télévisés, in Gilles Dorronsoro (Hg.), La Turquie conteste. Mobilisations sociales et régime sécuritaire. Paris 2005, S. 51–68.

Dorronsoro, Gilles, Mobilisations et régime sécuritaire. In Gilles Dorronsoro (Ed.): La Turquie conteste. Mobilisations sociales et régime sécuritaire. Paris 2005, S. 13–30.

Grojean, Olivier, Les repertoires du conflit kurde, in: Dorronsoro, Gilles (Hg.), La Turquie conteste. Mobilisations sociales et régime sécuritaire, Paris 2005, S. 167-182.

Jwaideh, Wadie, Kurdish National Movement. Its Origins and Development, New York 2006.

Kizilyaprak, Zeynel Abidin, Der EU-Beitritt aus dem Blickwinkel der Türkei“ aus der Internetseite der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb.de), 17.07.2006.

Massicard, Élise, Les mobilisations “identitaires” en Turquie après 1980: une libéralisation ambiguë, in Gilles Dorronsoro (Hg.), La Turquie conteste. Mobilisations sociales et régime sécuritaire. Paris 2005, S. 89–107.

McDowall, David, A Modern History of the Kurds, London 2007.

Monceau, Nicolas, Les intellectuels mobilisés: le cas de la Fondation d’histoire de Turquie, in : Gilles Dorronsoro (Hg.), La Turquie conteste. Mobilisations sociales et régime sécuritaire, Paris 2005, S. 109–126.

Nicolas, Guy, : Fait ethnique et usage du concept d’ethnie, in: Cahiers internationaux de sociologie, vol. 54, Paris 1973, S.103.

Öngün, Emre, L’“effet retour” des stratégies transnationales. La modification de l’agenda et du répertoire d’action du syndicat KESK, in : Gilles Dorronsoro (Hg.): La Turquie conteste. Mobilisations sociales et régime sécuritaire, Paris 2005, S. 183–200.

Zana, Leyla, Lettre de Leyla Zana au Premier ministre turc, - in: Ploquin, Jean-Christophe (Hg.), Une nouvelle donne pour les Kurdes , Paris 2000, S.127-129

Uysal, Aysen, Maintien de l’ordre et risques liés aux manifestations de rue. In Gilles Dorronsoro (Hg.), La Turquie conteste. Mobilisations sociales et régime sécuritaire. Paris 2005, S.31–49.

# Fußnoten

## 1. Wer sind eigentlich die Kurden?

<sup>1</sup> Der Nationale Sicherheitsrat der Türkei schätzt die Zahl der Kurden in der Türkei auf 12, 6 Mio. Menschen wohingegen kurdische Quellen von bis zu 16 Mio. ausgehen.

<sup>2</sup> „Une ethnie, à l'origine, c'est avant tout un ensemble social relativement clos et durable, enraciné dans un passé, de caractère plus ou moins mythique. aus“: Nicolas, Guy, *Fait ethnique et usage du concept d'ethnie*. In: *Cahiers internationaux de sociologie*, vol. 54, S.103.

<sup>3</sup> „Different religious and social ideas held by important segments of the Kurdish people“ aus: Jwaideh, Wadie. *Kurdish National Movement. Its Origins and Development*, New York 2006, S.19.

## 2. Geschichte der Kurden bis zur Gründung der Republik Türkei 1923

<sup>4</sup> McDowall, David, *A Modern History of Kurds*, London 2007, S.21.

<sup>5</sup> „Military officers, whether Turks or Kurds, were rewarded for their services with a grant of lands and absorbed into Kurdish culture as a new layer of local rulers“ aus: McDowall, David: *A Modern History of the Kurds*, London 2007, S.22.

<sup>6</sup> Jwaideh, Wadie: *Kurdish National Movement. Its Origins and Development*, New York 2006, S.54.

<sup>7</sup> „The Ottoman government [...] was now beginning to be [...] alarmed by his unbroken successes and apparently insatiable ambition.“ aus: Jwaideh, Wadie: *Kurdish National Movement. Its Origins and Development*, New York 2006, S.59.

<sup>8</sup> McDowall, David: *A Modern History of the Kurds*, London 2007, S.53.

<sup>9</sup> Jwaideh, Wadie, *Kurdish National Movement. Its Origins and Development*, New York 2006, S.102.

<sup>10</sup> Jwaideh, Wadie, *Kurdish National Movement. Its Origins and Development*, New York 2006, S.125.

## 3. Kurden in der jungen Republik

<sup>11</sup> Aus der Internetseite der Föderation der Dersim-Gemeinden in Europa, letzter Zugriff am 28. Juni 2012.

<sup>12</sup> Barkey, Henri/Fuller, Graham, Turkey's Kurdish Question, Lanham 1998, S.6.

## 4. Eine kurdische Nation?

<sup>13</sup> Jwaideh, Wadie: Kurdish National Movement. Its Origins and Development, New York 2006, S.9.

<sup>14</sup> McDowall, David, A Modern History of the Kurds, London 2007, S.6.

## 5. Der kurdische Nationalismus in der Türkei

<sup>15</sup> Monceau, Nicolas, Les intellectuels mobilisés: le cas de la fondation d'histoire de Turquie. In: Dorronsoro, Gilles (Hg.): La Turquie conteste. Mobilisations sociales et régime sécuritaire. Paris 2005, S.112.

<sup>16</sup> Massicard, Élise, Les mobilisations "identitaires" en Turquie après 1980: une libéralisation ambiguë, in: Dorronsoro, Gilles (Hg.): La Turquie conteste. Mobilisations sociales et régime sécuritaire. Paris 2005, S. 90ff.

<sup>17</sup> bezeichnet Leute, die aus derselben Region kommen.

<sup>18</sup> „İnsanlar Ağrı'da Bingöl'de yaşıyorken birbirlerine hemşerigözüyle bakmazlar. Ama Ankara'da hemşeriler olurlar. Özellikle Kürtlerde hemşerilik güdüsü çok daha güçlüydü. Kürt gençler geldiği yerlerde kendilerini sorunlarını aynı zamanda diğer Kürtlerin de sorunu olduğunu fark edemiyordu. Tabii hemşeri örgütlenmeleri önemli bir rol oynadı. "Efendim Türklerle Kürtler arasında bu sorunlar yoktu" diyorlar. Yoktu çünkü karşılaşmamışlardı." – Ümit Firat in einem Interview mit bianet, 4. August 2007

<sup>19</sup> Gülnür Elcik, bianet 4. August 2007.

## 6. Der Griff zu den Waffen – der Kampf der PKK

<sup>20</sup> Bozarlan, Hamit, Conflit kurde. Le brasier du Moyen-Orient, Paris 2009, S.62f.

<sup>21</sup> Von „Apocular“, bzw. der kurdischen Kurzform von Abdullah abgeleitet.

<sup>22</sup> McDowall, David, A Modern History of the Kurds, London 2007, S.420.

<sup>23</sup> Bozarlan, Hamit, Conflit kurde. Le brasier du Moyen-Orient, Paris 2009, S.63.

<sup>24</sup> Diese Bezeichnung verweist auf die Vorbildfunktion des russischen Leninismus. Sie stammt ursprünglich aus dem sowjetischen Bürgerkrieg zwischen 1917 und 1920, der zwischen den „weißen“ Truppen der Zarentreuen und den „roten“ Bolschewiki ausgetragen wurde. Da der sowjetische, als „Leninismus“ bezeichnete Marxismus als

Vorbild gilt, übertragen die PKK-Anhänger diese Bezeichnung auf ihre eigene Lage in der Auseinandersetzung mit der türkischen Armee.

<sup>25</sup> Grojean, Olivier, Les repertoires du conflit kurde. In: Dorronsoro, Gilles (Hg.), La Turquie conteste. Mobilisations sociales et régime sécuritaire, Paris 2005, S.171.

<sup>26</sup> Bozarlan, Hamit, Conflit kurde. Le brasier du Moyen-Orient, Paris 2009, S.101.

<sup>27</sup> Bozarlan, Hamit, Conflit kurde. Le brasier du Moyen-Orient, Paris 2009, S.75.

## 7. Auf der Suche nach neuen Wegen – der Kampf verlagert sich

<sup>28</sup> Azadi, Maxime, La Turquie condamnée pour l'interdiction d'un parti kurde, :Mediapart, 14. Dezember 2010.

<sup>29</sup> Bozarlan, Hamit, Conflit kurde. Le brasier du Moyen-Orient, Paris 2009, S.81.

<sup>30</sup> Bozarlan, Hamit, Conflit kurde. Le brasier du Moyen-Orient, Paris 2009, S.82.

<sup>31</sup> Bozarlan, Hamit, Conflit kurde. Le brasier du Moyen-Orient, Paris 2009, S.83.

## 8. Die Kurdenfrage und die EU-Beitrittskandidatur der Türkei

<sup>32</sup> Zana, Leyla, Lettre de Leyla Zana au Premier ministre turc. In: Ploquin, Jean-Christophe (Hg.), Une nouvelle donne pour les Kurdes, Paris 2000, S.127

<sup>33</sup> Cölasan, Emin, GidisNereye?, aus dem Archiv von hurriyet.com.tr, 06.09.2005.

<sup>34</sup> Kizilyaprak, Zeynel Abidin, Der EU-Beitritt aus dem Blickwinkel der Türkei" aus der Internetseite der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb.de), 17.07.2006.

<sup>35</sup> InseGeismar, Tilman Zülch, Sarah Reinke, Shlemon Yonan, Süleyman Yildirim, 2004, „Türkei in die EU - 15 Millionen Kurden ohne Rechte" aus der Internetseite der Gesellschaft für bedrohte Völker, 06.05.2004.

## 9. Die Kurdenfrage heute

<sup>36</sup> Dorronsoro, Gilles, Mobilisations et régime sécuritaire, in: Dorronsoro, Gilles (Hg.), La Turquie conteste, Paris 2005, S.16.

<sup>37</sup> „Die Türkei schließt populäre Kurden von Kandidatur aus" aus: welt.de, 19.04.2011.

# Fazit

<sup>38</sup> „Tugluk: Cinsisedencikti” aus der Internetseite der türkischen Zeitung „Radikal”, 12.05.2012.